



Online Only

CLEMENS EICHER

## Große Politik – Herrschafts- geographie, Militärstruktur und Machtstruktur\*

Ein Überblick über den Objektbereich

### Abstract

Ein Problembereich kann hier schlicht definiert werden als Bündel von mehreren möglichen Gestaltungsoptionen für einen bestimmten Ausschnitt der Realität, für welchen gilt, dass dieser die Zielsysteme von Staaten in ungleicher Weise berührt. Ein derart definierter Problembereich wird zum Politikbereich, wenn Regierungen einen solchen auf ihre Agenda setzen und dadurch einen Policy-Zyklus in Gang setzen, um eine Internationale Entscheidung herbeizuführen. Jene Problembereiche, die aus der Selbstorganisation des dezentralisierten anarchischen Staatensystems resultieren, können horizontal in die Politikbereiche Geographie, Militär und Macht unterteilt werden. Vertikal bedarf es noch einer Trennlinie innerhalb der Problembereiche zwischen Struktur- und Ordnungsebene. Im Ergebnis stellt sich folgende Typologie ein: Herrschaftsgeographie/Politische Geographie, Militärstruktur und -ordnung sowie Machtstruktur und -ordnung.

## Inhaltsverzeichnis

---

	Seite
<b>Abstract</b>	1
Inhaltsverzeichnis	2
<b>Einleitung</b>	3
<b>Struktur- und Ordnungsebene</b>	4
<b>Große Politik</b>	5
Herrschaftsgeographie	5
Militärstruktur	9
Machtstruktur	12
<b>Abschließende Bemerkungen</b>	15
<b>Literaturverzeichnis</b>	17

*\* Der vorliegende Artikel ist in Memoriam Herrn em. Univ.-Prof. Dr. Klaus Faupel 1940-2016 gewidmet als Dank für seine Begleitung während des Studiums am Institut für Politikwissenschaft an der Paris-Lodron-Universität Salzburg*

## Einleitung

---

Ein Problembereich kann hier schlicht definiert werden als Bündel von mehreren möglichen Gestaltungsoptionen für einen bestimmten Ausschnitt der Realität, für welchen gilt, dass dieser die Zielsysteme von Staaten in ungleicher Weise berührt<sup>1</sup>. Ein derart definierter Problembereich wird zum Politikbereich<sup>2</sup>, wenn Regierungen einen solchen auf ihre Agenda setzen und dadurch einen Policy-Zyklus in Gang setzen, *um eine Internationale Entscheidung herbeizuführen. Eine solche Entscheidung kann entweder den Status Quo bestätigen oder eine partielle oder gar gänzliche Revision in einem Politikbereich aus der Taufe heben*. Internationale Entscheidungen werden durch einen politischen Prozess oder die Anwendung von Gewalt erzeugt. Bei politischen Prozessen kann die Entscheidungsfindung mittels Koalition, Judikation und Aushandeln erfolgen.

Im Entscheidungsprozess Koalition wird eine (internationale) Entscheidung durch Wahlen oder Abstimmung erwirkt<sup>3</sup>. Beim Entscheidungsprozess Judikation fällt eine zentrale und übergeordnete Instanz eine verbindliche Entscheidung für die betroffenen Parteien hinsichtlich der Streitfrage<sup>4</sup>. Die Formen Aushandeln und Gewaltanwendung sind hinlänglich bekannt und müssen in diesem Kontext nicht näher erläutert werden.

Wenn mehrere Staaten sich wiederholt mit territorialen Fragen<sup>5</sup>, Statusfragen<sup>6</sup>, Fragen der Gestaltung des internen Regimes<sup>7</sup> sowie Sicherheitsfragen<sup>8</sup> beschäftigen, kann aus realistischer Sicht von einem Staatensystem gesprochen werden<sup>9</sup>. Im gegenwärtigen Staatensystem werden internationale Entscheidungen in diesen Streitfragen, die den Komplex der Klassischen Politik, also der Großen Politik betreffen, überwiegend durch Aushandeln oder Gewaltanwendung bewirkt.

Mehrere Jahrtausende existierten mehrere Staatensysteme parallel; d.h. Fragenkomplexe der Großen Politik wurden von einer bestimmten Anzahl von Staaten, die aber nicht die das Gros der existierenden Staaten beinhaltet, geteilt und auf konflikthafte Art und Weise bearbeitet. Mit dem westfälischen Frieden von 1648 entstand in Europa das Fundament des heutigen globalen Staatensystems. Indem die europäischen Staaten Territorien in Übersee eroberten und imperiale Gebilde schufen, gingen zunehmend außereuropäische Staaten im europäischen Staatensystem auf.

Die territoriale Ausdehnung des europäischen Staatensystems griff auf den gesamten Erdball über und nahm globale Dimensionen an. Jene Problembereiche, die aus der Selbstorganisation des dezentralisierten anarchischen Staatensystems resultieren, können horizontal in die Politikbereiche Geographie, Militär und Macht unterteilt werden. Vertikal bedarf es noch einer Trennlinie innerhalb der Problembereiche zwischen Struktur- und Ordnungsebene. Im Ergebnis stellt sich folgende

Typologie ein: Herrschaftsgeographie/Politische Geographie, Militärstruktur und -ordnung sowie Machtstruktur und-ordnung<sup>10</sup>.

Die Ordnungsebene im Allgemeinen und Regime als sektorale Spielart wurden bereits hinreichend im Rahmen der Regime-Analyse dargelegt und besprochen<sup>11</sup>, weshalb im Zentrum dieses Artikels die Strukturebene liegt.

## Struktur- und Ordnungsebene

---

Strukturen können als die real existierenden materiellen Tatbestände und Wirkmöglichkeiten angesehen werden: Genauer kann man den Ausdruck Struktur den strukturfunktionalistischen Analyseansätzen entlehnen und in die internationale Politik übertragen: „Simply speaking, structural-functional analysis consists of nothing more complicated than phrasing empirical questions in one of the following several forms or some combination of them: (1) What observable uniformities (or patterns) can be discovered or alleged to exist in the phenomena studied? (2) What conditions (empirical states of affairs) resultant from previous operations can be discovered or alleged to exist in the phenomena studied? (3) When process (or action, i.e. changes in the patterns, conditions, or both, depending on one's point of view, are discernible between any two or more points in time) can be discovered (or alleged) to take place in terms of observable uniformities, what resultant conditions can be discovered? The first question asks, 'What structures are involved?' The second asks, 'What functions have resulted (or have been performed?)' And the third asks 'What functions take place in terms of a given structure(s)?'”<sup>12</sup>.

Bei der Ordnungsebene kann man, ohne Verluste hinnehmen zu müssen, auf den Ordnungsbegriff aus dem Völkerrecht zurückgreifen: „In the doctrine of international law, the notion of the 'international public order', 'international order public' has been used to designate those principles and rules of international law that may be regarded as the fundamental basis of the legal system. Although the term has been used in a wider sense to describe the whole legal framework within which decisions with international effect are taken on the universal, regional and national level (...), it is mostly used in the more restricted sense.”<sup>13</sup> Ordnungen oder internationale Regime als spezifische Ausprägung beziehen sich auf die - auch informellen - Bestimmungen, die das Verhalten der Systemmitglieder oder den Umgang mit bestimmten materiellen Gütern regulieren (Konventionen, Normen) sollen.

Die Ordnungsebene ist durch die Englische Schule<sup>14</sup> als auch durch die Regimetheorie<sup>15</sup> im Bereich Internationale Politik flächendeckend aus- und beleuchtet worden. Nun soll diese Aufgabe für die Strukturen der Politikbereiche der Großen Politik erledigt werden.

## Große Politik

---

### Herrschaftsgeographie

Wo immer Individuen dauerhaft einen Sozialverband bilden, der sich territorial, soziokulturell und politisch von anderen, ähnlichen Gebilden abgrenzt, dort, wo eine funktionierende Willensbildungsorganisation ausgebildet ist, die Wertellokation durch ein Normensystem geregelt und die Abwehr von Außeneinwirkungen sichergestellt ist, wird das moderne Staatskonzept eingelöst<sup>16</sup>. Solche territorial-politischen Gebilde existieren seit dem vierten vorchristlichen Jahrtausend<sup>17</sup>. Der moderne Staat unterscheidet sich von seinen historischen Vorläufern dadurch, dass die Herrschaft im Sinne einer institutionalisierten Machtausübung untrennbar mit dem Territorium und territorialen Fragen verbunden ist. Über Raum und Zeit haben sich neben dem Staatsgebiet weitere territoriale Einheiten in Gestalt von Kolonien, Mandatsgebieten und besetzten Gebieten<sup>18</sup> entwickelt. Das Management der Aufteilung der Erdoberfläche und des Untergrundes sowie des Luftraumes auf die Staaten in der Form von Staatsgebiet Kolonien, Mandatsgebieten und besetzten Gebieten ist unter dem Terminus politische Geographie gut untergebracht. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verändert sich nicht nur die globale Landkarte, sondern auch der Status von souveränen Staaten. Die politischen Umwälzungen 1990/91 brachten ein Phänomen an die Oberfläche, das während des Kalten Krieges latent vorhanden war und sporadisch sichtbar wurde. Das Phänomen heißt „gescheiterte Staaten“<sup>19</sup> und dessen Ausbreitung bildet den Wurzelgrund für die heutige Instabilität in einigen Weltregionen.

Dies macht es erforderlich, das Stoffgebiet differenzierter zu betrachten. Für diesen Zweck soll auch in diesem Feld der Großen Politik die Trennung zwischen Ordnungs- und Strukturebene einbezogen werden. Politische Geographie soll hier als Kurzformel für die Ordnungsebene dienen, während der Terminus Herrschaftsgeographie die Strukturebene bezeichnet. Diese Unterscheidung ist deshalb forschungsstrategisch als auch für die reale Problembearbeitung hilfreich, da relativ viele Staaten als de jure souverän gelten, jedoch die Regierungen nicht in der Lage sind, die innere wie äußere Souveränität<sup>20</sup> zu gewährleisten.

Mit den Friedenverträgen von Münster und Osnabrück von 1648 wurde der Dreißigjährige Krieg de jure beendet sowie ein regionales kontinentaleuropäisches Staatensystem aus der Taufe gehoben. Für dieses zunächst regionale Staatensystem war kennzeichnend, dass die einzelnen Herrscher der Mitgliedsstaaten des westfälischen Systems über die rechtliche Entscheidungskompetenz verfügten, ob externe Akteure beim innerstaatlichen politischen Prozess einbezogen oder ausgeschlossen werden. Konkret ist der externe Zugriff auf das Außenverhalten, den Machtprozess<sup>21</sup> sowie die Herrschaftsausübung eines Staates verboten. Bei den Zugriffsarten können Befehl, Eingriff und rechtlich gestützte Forderung voneinander unterschieden werden<sup>22</sup>. Das kaiserliche wie päpstliche

Vorrecht via Befehl, ein wie immer gewünschtes Verhalten eines Herrschers in den Bereichen Außenverhalten, den Machtprozess sowie die Herrschaftsausübung anzuordnen, wurde mit dem Westfälischen Frieden kassiert. Mit diesem Schritt wurde der Systemzustand der Anarchie hergestellt und diese ist auch für das globale Staatensystem noch immer kennzeichnend. Anarchie bedeutet in diesem Kontext nicht Gesetzlosigkeit, sondern dass es keine zentrale Autorität gibt, die allgemeinverbindliche Entscheidungen für alle Systemteilnehmer fällen und durchsetzen kann<sup>23</sup>. Selbst die Gründung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates hat an der anarchischen Grundprägung des Westfälischen Staatensystems wenig verändert, *denn das Verhalten der Vetomächte orientiert sich daran, ob in einer bestimmten Sachfrage der aktuelle Status Quo oder eine partielle oder gänzliche Revision im Nationalen Interesse<sup>24</sup> liegt oder nicht.*

Die Zugriffsart Eingriff umfasst sowohl Androhung wie Durchführung von Terror-Operationen, Guerilla-Operationen und konventionellen Operationen als auch inoffizielle Operationen in Gestalt von subversiven oder diversen Operationen<sup>25</sup>. Obwohl auch diese Zugriffsart de jure kassiert wurde, werden bis heute innerstaatliche wie zwischenstaatliche Konflikte auf diese Art und Weise ausgefochten. Was die rechtlich gestützte Forderung angeht, so blieb diese Zugriffsart für alle Herrscher bestehen. Ein Durchsetzungsversuch einer rechtlich gestützten Forderung wird in aller Regel von der Androhung und/oder dem Einsatz von negativen Sanktionen flankiert.

Durch die Zunahme an Ordnung<sup>26</sup> über das Westfälische Statut hinaus wird dieses Instrument heutzutage routinemäßig in der Außenpolitik eingesetzt, um nationale Interessen zu verfolgen.

Sobald ein Staat über diplomatische Anerkennung<sup>27</sup> verfügt, d.h. andere Systemteilnehmer erkennen einen „neuen“ Staat als gleichgestellte Völkerrechtssubjekte an, kommt dessen Herrscher/Regierung in den Genuss des holzschnittartig skizzierten Westfälischen Ordnungsrahmens. Seit der Gründung der Vereinten Nationen gilt die Aufnahme in selbige als Aufnahme in das Westfälische Staatensystem, das heute den gesamten Globus umspannt. Oftmals erfolgte eine solche Aufnahme in die Vereinten Nationen - v.a. im Zuge der Dekolonisierung - ohne Prüfung der staatlichen Funktionalität des besagten Staates. Was hier mit dem Schlagwort „staatliche Funktionalität“ angedeutet wird, soll hier unter dem Terminus Herrschaftsgeographie behandelt werden.

*Herrschaftsgeographie steht hier als Kurzformel für die innere Souveränität<sup>28</sup> als auch für die faktische Abwehr von illegitimen Außeneinwirkungen bzw. die Bewahrung der Unabhängigkeit<sup>29</sup> und die Regulation von zwischenstaatlichen Routinetransaktionen<sup>30</sup> sowie zwischengesellschaftlichen Routinetransaktionen<sup>31</sup>.*

Die innere Souveränität bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten innerhalb eines Staates.

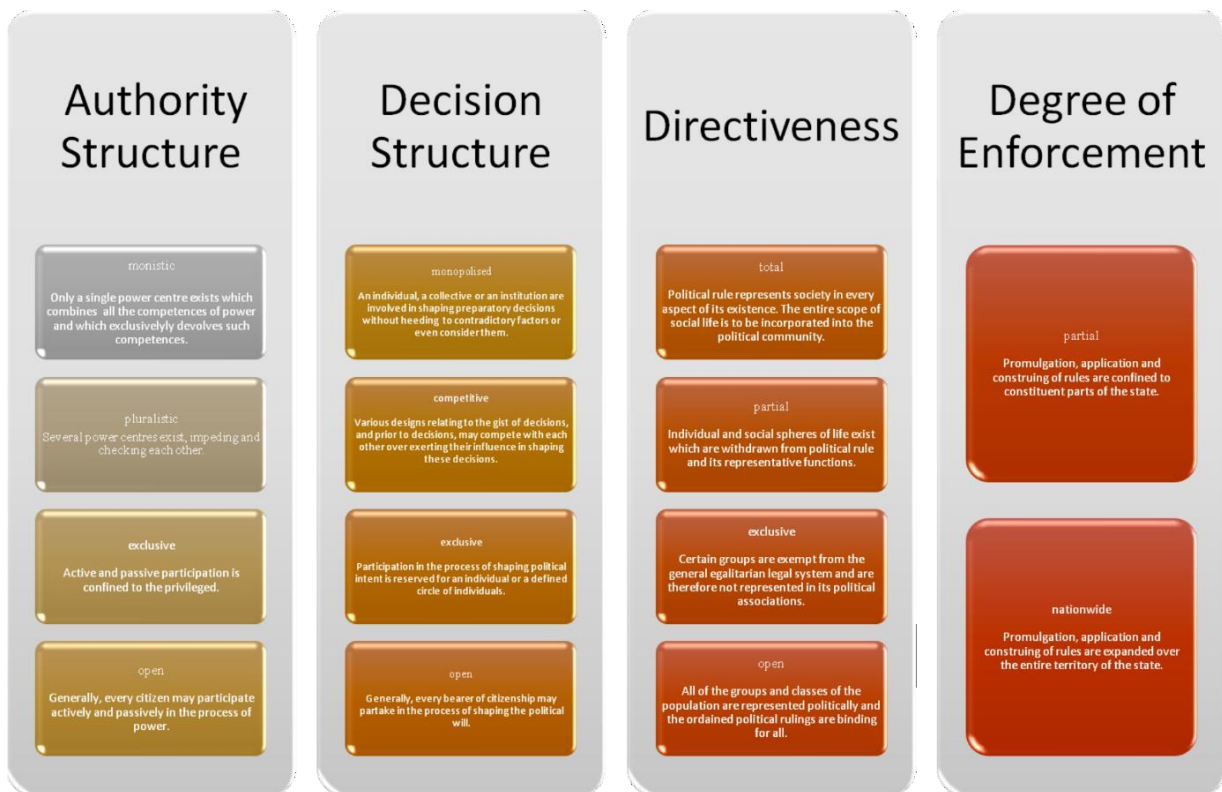
Konkret wird ein rechtlich gestützter Anspruch durch Setzung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen mit dem Ziel von Regelsetzung, -anwendung und -auslegung<sup>32</sup> realisiert. Um eine solche Realisation langfristig zu bewerkstelligen, bedarf es neben einer Ordnung auch einer Aufbau- und Ablauforganisation<sup>33</sup>.

Die Funktion einer Aufbauorganisation besteht im ersten Schritt darin, unter Berücksichtigung der Vorgaben durch ein Zielsystem, aufgabenteilige Einheiten zu schaffen und ordnet diesen wiederum Aufgaben und Kompetenz zu. Im zweiten Schritt besteht die Funktionserfüllung in der horizontalen wie vertikalen Koordination der verschiedenen Organisationseinheiten zueinander. Die Ablauforganisation beschreibt die inhaltliche, räumliche und zeitliche Abfolge von Aktivitäten, um zielsystematische Vorgaben zu erfüllen. Sie regelt den Ablauf der innerorganisatorischen Aktivitäten unter Berücksichtigung der Anforderungen an das gewünschte Ergebnis sowie des Leistungsvermögens von Personen und verfügbaren Ressourcen.

Die Aufbau- und Ablauforganisation eines Staates kann in die Segmente Herrschaftsorganisation, Willensbildungsorganisation, Geltungsanspruch<sup>34</sup> und Durchsetzungsbereich<sup>35</sup> unterteilt werden. Bei der Herrschaftsorganisation fällt die Entscheidung zwischen den beiden Polen Monismus und Pluralismus. Bei der Willensbildungsorganisation fällt die Entscheidung zwischen den Polen Monopol und Konkurrenz. Beim Geltungsanspruch variieren die Gestaltungsmöglichkeiten zwischen den beiden Polen Totalität und Partialität. Dann ist noch zu entscheiden, ob der Zugang zur Herrschaftsstruktur, die Beteiligung an der Willensbildung und Geltungsbereich für alle Herrschaftsunterworfenen offen steht oder auf eine bestimmte Personengruppe beschränkt ist<sup>36</sup>.

Ist eine Zentralregierung willens und in der Lage, die allgemeinverbindlichen Entscheidungen auf dem gesamten Staatsterritorium zu implantieren, so ist der Durchsetzungsgrad bundesweit. Sind Regelsetzung, -anwendung und -auslegung auf einen Teil oder mehrere Teile abgegrenzt, also nicht bundesweit, dann kann man von einem partiellen Durchsetzungsgrad sprechen. Diese Ergänzung der Systematik nach Hättich ist dem Umstand geschuldet, dass in bestimmten Weltregionen zwar funktionierende Zentralregierungen vorhanden sind, jedoch erstreckt sich deren Herrschaftsbereich nicht über das gesamte Staatsterritorium oder endet gar an den Stadtmauern der Hauptstadt. Beispielsweise endete die reale Herrschaftsausübung von Hamid Karzai an den Stadtgrenzen von Kabul.





Mit einer intakten inneren Souveränität sind auch Abwehr und Regulation von inoffiziellen zwischenstaatlichen Routine-Operationen sowie zwischengesellschaftlichen Routine-Transaktionen<sup>37</sup> verbunden. Inoffizielle zwischenstaatliche Operationen in Gestalt von Spionage, Diversion, Subversion, Infiltration etc. müssen von den staatlichen Agenturen des Zielstaates unterbunden bzw. abgewehrt werden. Inoffizielle zwischenstaatliche Operationen dienen ausschließlich der Übervorteilung oder Destabilisierung eines Staates.

Der Komplex der zwischengesellschaftlichen Transaktionen setzt sich aus persönlicher Kommunikation, Massenkommunikation, Waren- (Primärprodukte und Industrieprodukte), Dienstleistungs-, Arbeitskräfte- und Kapitalverkehr, Transportmittelbewegungen (Land-, Luft-, See- und Binnenwasserstraßenverkehr), Personenbewegungen (Reiseverkehr, Tourismus, Migration), ökologischen und humanbiologischen Effekten (Epidemien, Rauschgiftwellen)<sup>38</sup> zusammen und wird auch als „Kleine Politik“ bezeichnet. Grenzüberschreitende zwischengesellschaftliche Transaktionen zu regeln und zu steuern ist deshalb für jede Zentralregierung immanent wichtig, denn auch in diesem Bereich können Ereignisse die Sicherheit eines Staates im Allgemeinen oder den Verbleib der Herrschenden an den Schalthebeln der Macht mittelbar sowie unmittelbar bedrohen<sup>39</sup>.

Die Herrschaftsgeographie wird seit 2005 jährlich von der Denkfabrik Fund for Peace als so genannter „Failed State Index“<sup>40</sup> erhoben und in der Fachzeitschrift Foreign Policy publiziert. Der FSI ist breiter gefasst als das hier vorgestellte Konzept „Herrschaftsgeographie“ und setzt den Fokus v.a. auf Staatsbaustellen und Staatsruinen.



## Militärstruktur

Das moderne Staatensystem umspannt heute den gesamten Erdball. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 setzte die Entwicklung des modernen Staatensystems ein, welches bis heute seine anarchische Grundprägung beibehalten hat. Anarchie in diesem Kontext bedeutet nicht, dass das Gesetz des Dschungels gilt, sondern die Abwesenheit einer überordneten Autorität, die allgemeinverbindliche Entscheidungen für alle Staaten verabschieden und durchsetzen kann<sup>41</sup>. Es handelt sich nach wie vor beim modernen Staatensystem um ein dezentrales Selbsthilfesystem, wo die Systemteilnehmer in Gestalt von Staaten um ihr Überleben in einer feindlichen Umwelt zu sichern, nach politischer Macht und Sicherheit streben.

Unter diesen Bedingungen entsteht das Sicherheitsdilemma<sup>42</sup> der internationalen Politik. Das Sicherheitsdilemma entsteht, wenn Systemeinheiten (Staaten) nebeneinander bestehen, ohne einer übergeordneten Autorität verpflichtet zu sein, die durch Regelsetzung, -anwendung und -auslegung die Anwendung von Gewalt zwischen den Staaten verhindert. Um dieses Dilemma (scheinbar) zu überwinden, steht den Staaten ein Ensemble (Struktur) von militärischen Optionen zur Abschreckung, Verteidigung oder gar proaktiven Interessenverfolgung zur Verfügung. Grundsätzlich kann ein Staat zur Befriedigung des Bedürfnisses nach militärischer Sicherheit zwischen einer individuellen oder einer kollektiven Variante wählen.

Der MIT-Sicherheitsexperte Barry Posen unterscheidet in diesem Kontext zwischen Neo-Isolationism, Selective Engagement, Primacy and Cooperative Security<sup>43</sup>. Von diesen militärischen Optionen fußt nur die Cooperative Security auf einem liberalen Weltbild während die drei anderen Gestaltungsmöglichkeiten in der realistischen bzw. neo-realistischen Denkschule beheimatet sind.

Innerhalb des poseanischen Kanons an Sicherheitsstrategien nimmt der (Neo-)Isolationismus eine Sonderstellung ein, denn Regierungen, die diese Militärstrategien wählen, ziehen sich fast komplett aus der internationalen Politik zurück, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Jegliche Art von Einmischung in innerstaatliche oder regionale Konflikte wird als Gefahrenquelle für die Wahrung der nationalen Sicherheitsinteressen gesehen und folglich nimmt man auch von Mitgliedschaften oder Kooperationen mit Militärbündnissen Abstand. „International organizations are a place to talk, perhaps to coordinate international affairs to improve the overall global quality of life, but not to make or keep peace<sup>44</sup>. Was die Gestaltung des Militärapparates angeht, ist dieser defensiv ausgerichtet und fußt auf dem Prinzip der Abschreckung. Letzteres kann in der modernen Welt nur mehr über eine nukleare Bewaffnung gewährleistet werden. Allen Unkenrufen zum Trotz; eine atomare Bewaffnung zählt in der internationalen Politik!!

Operationen durch andere Staaten oder konterrelitäre Machtorganisationen sind moderne militärische Spezialeinheiten am besten geeignet. Die Basis für einen Militärapparat dieser Ausprägung bildet ein moderner Aufklärungsapparat<sup>45</sup>, der die gleiche Funktion hat, wie das Periskop eines Unterseebootes, nämlich Beobachtung und Aufklärung des Umfeldes, also der Nachbarstaaten des regionalen Systems sowie des internationalen Staatensystems.

Damit kommen wir zur Sicherheitsstrategie „Selektive Engagements. Dieses Konzept wurzelt im defensiven Realismus nach Kenneth Waltz<sup>46</sup>, der für eine bipolare Prägung des internationalen Staatensystems plädiert, denn einerseits wird somit eine Machtzentralisierung verhindert und andererseits schreibt er der Bipolarität einen höheren Grad an Berechenbarkeit als der Multipolarität zu. Diese Stabilität wird v.a. durch die Proliferation von Kernwaffen im Allgemeinen und von der horizontalen Variante, also der Weitergabe von Kernwaffen oder waffentechnischem Know-How an Nicht-Kernwaffenstaaten, im speziellen bedroht<sup>47</sup>. „The Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) is viewed as an instrument to permit countries who have neither the wealth to support nuclear forces, nor the political insecurity or ambition to need or want them, and a refuge from a race that they would rather not run“<sup>48</sup>. Die Bedrohung wird heutzutage dadurch verstärkt, dass vermehrt konterrelitäre Machtorganisationen mit einer irredentistischen, separatistischen oder Anti-Regime-Agenda die Weltbühne betreten und mit den Regierungen indirekt um die Macht im Staate und direkt um den Zugang zu den Schalthebeln der Macht konkurrieren. Der Einsatz einer Kernwaffe in Gestalt einer so genannten „schmutzigen Bombe“ wäre eine Option, um ausländische Regierungen durch Druck dazu zu bringen, die Unterstützung für die bekämpfte Regierung einzustellen oder gar gegen diese vorzugehen. Flankierend wird die Stabilität der Bipolarität durch zukünftige gewaltsame Konflikte um den sicheren Zugang zu Ressourcen - Ressourcenkriege - sowie durch gewaltsame Konflikte, die die vitalen Sicherheitsinteressen der Großmächte diametral berühren, bedroht. In diesen Fällen wird eine gezielte Militärintervention als probates Mittel angesehen, um die Stabilität des bipolaren Systems zu wahren. Zu diesem Zwecke werden Militärbündnisse geschmiedet, ein hohes nukleares Abschreckungspotenzial geschaffen sowie die militärische Schlagkraft auf eine Ebene angehoben, um parallel zwei zwischenstaatliche Kriege zu führen oder in zwei gewaltsamen Konflikten militärisch zu intervenieren<sup>49</sup>.

Damit kommen wir zur Sicherheitsstrategie der kollektiven Sicherheit. Dieses Konzept wurzelt im Liberalismus und dem damit verbundenen Institutionalismus, d.h. das Sicherheitsdilemma und damit

zwischenstaatliche Kriege könnten durch ein globales Sicherheitsregime aufgelöst bzw. verhindert werden. Über die Einrichtung eines internationalen Regimes wird für einen bestimmten Sachbereich das Verhalten bzw. die Interaktionsmuster zwischen Staaten (dauerhaft) in bestimmten Bahnen gehalten. Internationale Regime treten in Politikfeldern auf, die durch einen Zustand gekennzeichnet sind, für den sich die Bezeichnung „komplexe Interdependenz“ eingebürgert hat. Darunter ist zu verstehen, dass bei einer bestimmten Bereichsfrage die Wertepositionen der betroffenen Regierung unterschiedlich betroffen sind, die beteiligten Akteure aber durch gemeinsame Gewinn- sowie Verlustmöglichkeiten voneinander abhängig sind. Durch die Einrichtung eines internationalen Regimes soll ein koordiniertes Verhalten herbeigeführt werden, um gemeinsame Gewinne zu realisieren, wobei gemeinsame Verluste bereits eintreten können, wenn nur eine betroffene Regierung versucht, seine Partikularinteressen einseitig durchzusetzen<sup>50</sup>. Damit liegt auch auf der Hand, dass die Verfechter dieser Sicherheitsstrategie ein pluri- bzw. multipolares internationales Staatensystem anstreben.

„Collective security was the name given by the planners of a new world order after World War I to the system for maintenance of international peace that they intended as a replacement for the system commonly known as the balance of power. The new system as they envisaged it involved the establishment and operation of a complex scheme of national commitments and international mechanisms designed to prevent or suppress aggressors by any state against any other state, by presenting to potential aggressors the credible threat and to potential victims of aggression the reliable promise of effective collective measures, ... to enforce the peace... In short, Collective Security was put forward as a particular and preferred method for keeping the peace; it advocates emphasized its differentiation from other methods, giving special attention to the argument that it was different from and superior to the system of competing alliances that was associated with the balance of power concept“<sup>51</sup>. Wird diese Sicherheitsstrategie gewählt, handelt es sich im Grunde genommen um einen vertragsweiten Nichtangriffspakt mit Beistandsklausel im Falle eines Angriffs seitens eines unbestimmten Gegners gegen einen der Paktstaaten. Dieses schmale Handlungsrepertoire wurde um die Instrumente Rüstungskontrolle - Massenvernichtungswaffen im Allgemeinen und Atomwaffen im Speziellen - und humanitäre Militärinterventionen in innerstaatlichen Konflikten erweitert. Ähnlich wie beim Konzept des „Selective Engagement“ wird die horizontale Proliferation von Kernwaffen als Hauptbedrohung für den Weltfrieden eingestuft, jedoch setzten die Entscheidungsträger in diesem Kontext das Instrument der Zwangsdiplomatie<sup>52</sup> ein. Zwangsdiplomatie liegt vor, wo immer gegen einen Einzelstaat mit negativen diplomatischen Sanktionen oder negativen Sanktionen, wie sie den Regierungen kraft ihrer Fähigkeit, legale grenzüberschreitende zwischengesellschaftliche Transaktionen zu steuern, angewendet werden. Der Militärapparat hat eine defensive sowie arbeitsteilige Positure<sup>53</sup>, um zu verhindern, dass einer der Paktpartner kraft seines Militärpotenzials Partikularinteressen zum Nachteil der Paktgemeinschaft verfolgen kann.

Damit kommen wir zum Sicherheitskonzept Primacy. Dieses Konzept wurzelt im offensiven Realismus nach John J. Mearsheimer, der für eine unipolare Prägung des internationalen Staatensystems plädiert, d.h. ein mächtiger Staat legt die Spielregeln für das gesamte Außenverhalten - Große und Kleine Politik - für alle Teilnehmer eines Teiles des Staatensystems oder gar für das gesamte Staatensystem fest<sup>54</sup>. Um eine hegemoniale Vormachtstellung als Staat einnehmen und v.a. behalten zu können, muss das ökonomische wie militärische Potenzial zur Prädominanz ausgebaut werden, denn auf diesen beiden Säulen ruht zumindest indirekt die Einflussausübung und direkt der Einflussaufbau auf der internationalen Ebene. „Certainly the most serious threat to (...) primacy would be an across-the-board political, economic, and military challenger. Yet even a power that rivaled (...) in only one or two of these three dimensions of national power could erode (...) preponderance“<sup>55</sup>. Darüber hinaus wird die horizontale Proliferation von Kernwaffen als potenzielle Gefahrenquelle für die Absicherung des hegemonialen Status gesehen. *Ferner würde eine militärische Intervention in innerstaatliche oder zwischenstaatliche Konflikte durch Dritte de facto unrealisierbar, wenn sich der Konfliktherd im Einflussgebiet einer Atommacht befindet.*

Was das militärische Engagement in regionalen Konflikten betrifft, so wird hier die Position der Vertreter des Selective Engagement geteilt, also, eine Militärintervention findet im Zielstaat statt, wo die Gefahr besteht, dass eine Großmacht in den Sphären Wirtschaft, Militär oder Einflussausübung die regionale oder globale Oberhand gewinnt<sup>56</sup>.

Zur Funktionserfüllung muss der Militärapparat eine offensive Positur haben, d.h. sowohl die konventionelle als auch unkonventionelle Bewaffnung muss in Breite und Tiefe so aufgestellt sein, dass man allen potenziellen Herausforderern überlegen ist. Mit anderen Worten „...analogous to Britain’s two-power standard of old, in which the Royal Navy was meant to be superior to the two next strongest navies in the world combined“<sup>57</sup>.

Je nachdem wie viele Staaten eine dieser skizzierten Sicherheitsstrategien zur Absicherung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen wählen, bildet sich eine uni-, bi-, pluri- oder multipolare Sicherheitsarchitektur<sup>58</sup> auf regionaler oder globaler Ebene heraus.

## Machtstruktur

Manche Analytiker<sup>59</sup> definieren die regionale oder globale Sicherheitsarchitektur über die bloße Verteilung des militärischen Potenzials und lokalisieren auf diese Weise auch gleich Groß-, Mittel- und sonstige Mächte im internationalen System<sup>60</sup>. Damit entscheiden sie eine empirische Frage durch eine Annahme. Zwar ist manche Machtkonfiguration nur unter der Bedingung einer ganz bestimmten Militärarchitektur möglich (z. B. die bipolare Machtkonfiguration) doch lässt jede Militärarchitektur

mehrere verschiedene Machtkonfigurationen zu. Transepochal und transkulturell, quer durch historische Staatensysteme, sind jedoch die Gegebenheiten der militärischen Sphäre nur eine, wenn auch eine sehr wichtige, unter den zahlreichen Determinanten der Machtkonfiguration auf globaler Ebene, auf keinen Fall aber mit ihr koextensiv<sup>61</sup>.

Man kann Macht als Kausalfaktor auffassen<sup>62</sup>. Konkret soll auf Einzelpersonen oder Kollektive eingewirkt werden, damit über einen bestimmten Sachverhalt in eine gewünschte Richtung entschieden wird.

Max Weber definiert Macht als Fähigkeit, seine Wünsche durchzusetzen. (Situational) Power<sup>63</sup> in einem verengten Sinne bedeutet die Fähigkeit, auf Einzelpersonen oder Kollektive durch Androhung von Gewalt, Schädigung oder gar deren Einsatz sowie auf Versprechungen oder vorab verabreichte Belohnungen einzuwirken, damit über einen bestimmten Sachverhalt in eine gewünschte Richtung entschieden werde. (Anticipated) Power<sup>64</sup> in einem noch engeren Sinne bedeutet, dass Einzelpersonen oder Kollektive als Ergebnis einer antizipierten Reaktion oder aus vorausseilendem Gehorsam über einen bestimmten Sachverhalt in gewünschter Richtung entscheiden. Diese Art von Macht ist ein Ergebnis von bösen oder schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit, weshalb das unmittelbare Handeln nicht dem eigenen Willen entspringt. Macht im engsten Sinne ist die Conditional Power<sup>65</sup>. Hier hat X bereits seine Wünsche in den Entscheidungsprämissen<sup>66</sup> von Z eingearbeitet, somit den Selektionsspielraum bei der Entscheidungsfindung eingeschränkt und der Wille in bestimmte Richtungen neutralisiert wird. Diese Art der Macht gründet sich auf die Zuschreibung von Autorität, Expertise, Charisma oder Prestige sowie auf die Empfindung von diffuser Angst oder ideologischer Nähe<sup>67</sup>. Dem Analytiker der Comparative Politics ist diese Sichtweise vertraut<sup>68</sup>, denn Gesellschaftssysteme und die in ihnen operierenden politischen Systeme leben von dieser Spielart. Um diese Macht in der zwischenstaatlichen Politik aufzubauen, stehen transepochal und transhistorisch folgende Taktiken oder Strukturen zur Disposition:

### ***Infiltration***

Wenn Nichtmitglieder - ausländische Regierungen oder Nichtstaatliche Handlungseinheiten - eines Staatsverbandes versuchen auf die dortige Verteilung der Position im Herrschaftsapparat sowie direkt auf das Policy-making im Allgemeinen oder auf die Gestaltung in andere Teilsysteme im Speziellen Einfluss zu nehmen, dann ist dieses Phänomen gut unter dem Terminus Infiltration aufgehoben. Das vorgestellte Konzept stammt ursprünglich von James N. Rosenau und wurde 1966<sup>69</sup> unter dem Terminus Penetration in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht. Unter Berücksichtigung semantischer Logik ist in diesem Kontext der Term Penetration durch Infiltration zu ersetzen. Der Term Penetration ist auf das Phänomen des Eindringens begrenzt, während Infiltration einerseits Eindringen

und anschließendes Festsetzen oder Ausbreiten bedeutet. Nataliya Shapovalova unterscheidet hier vier Spielarten voneinander:

*„Political methods are used when the object of external steering is maintaining or executing power. The use of military methods implies that the penetrated state cannot defend itself, because its armed forces are under foreign subordination. Economic methods are applied when financial or technological dependence makes it impossible to provide its own economic policy. Finally, we deal with cultural methods when the foreign system of values and way of life is imposed on the society of the penetrated state“<sup>70</sup>.*

Die chinesische Zentralregierung hat in den letzten Jahren eine fünfte Spielart entwickelt, um ihre strategische Position im pazifischen Raum auszubauen und zu festigen sowie zur Absicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf dem afrikanischen Kontinent. Konkret versucht China durch die gezielte Migration in bestimmte Zielstaaten auf dem afrikanischen Kontinent sowie im pazifischen Raum, eine fünfte Kolonne vor Ort zu etablieren. Diese Art von Penetration setzt voraus, dass zwischen den Migranten und dem Heimatland eine hohe Loyalität besteht. Diese geopolitische Spielart der Infiltration wurde bereits von der kommunistischen Zentralregierung in Moskau während der Gründungsphase der UdSSR eingesetzt - Stichwort Ukraine. Diese fünfte Spielart der Infiltration ist gut unter dem Terminus ethnopolitische Infiltration aufgehoben.

### ***Militärische Reputation<sup>71</sup>***

Die militärische Reputation begründet sich zum einen durch die Fähigkeit des eigenen Militärapparates zur Durchführung von Terror-Operationen, Guerilla-Operationen sowie konventionellen Operationen. Andererseits muss eine Regierung ihr Gewaltmittelpotenzial schon in der Vergangenheit mehrmals zur Interessenverfolgung und-durchsetzung benutzt haben, um das Attribut „militärische Härte“ zugeschrieben zu bekommen. Wird einer Regierung dieses Attribut zugeschrieben, reicht oftmals schon die Androhung von militärischer Gewalt aus, damit eine dauerhafte Kurskorrektur beim Gegenüber erfolgt.

Die militärische Reputation kann sich auch auf der zur Verfügung stehenden Waffentechnologie begründen. Exemplarisch sei hier Nordkorea angeführt. Mit dem Besitz von atomaren Waffen wird ein von außen initiiertes und betriebenes Regimewechsel unwahrscheinlich. Durch den Besitz von atomaren Waffen verändert sich der Status eines Staates innerhalb des Regionalen Systems dahingehend, dass dieser in der regionalen Machthierarchie eine höhere oder die oberste Position einnimmt.

Wenn ein Staat eine atomare Bewaffnung anstrebt, ist analytisch betrachtet, damit die Absicht verbunden, das eigene Regime nach außen zu sichern oder/und den Dominanzstatus in einer Region abzusichern.

### *Ideologische Diffusion*<sup>72</sup>

Ideologien und Religionen sind Wertesysteme, nach denen das Verhalten von Einzelpersonen oder Kollektiven sowie die Legitimität und Nützlichkeit von Institutionen beurteilt wird; sie dienen als Steuerungssysteme, wann immer eine Auswahl aus einer Mehrzahl von zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten fällig ist. Ideologien bestehen aus Werten, Normen, Verhaltensprogrammen und unter Umständen auch aus Emotionen<sup>73</sup>. Religionen unterscheiden sich von Ideologien nur dadurch, dass diesen gewöhnlich die Handlungsanweisungen fehlen<sup>74</sup>.

Die systematische und gezielte Diffusion des eigenen Wertesystems erleichtert die Einarbeitung der eigenen Vorstellungen in die Entscheidungsprämissen<sup>75</sup> von anderen Regierungen enorm. Darin liegt auch, analytisch betrachtet, die Logik der westlichen Menschenrechtspolitik ebenso wie diejenige des neoislamischen Revisionismus<sup>76</sup> und der ideologischen Offensiven der Sowjetunion und des NS-Regimes. Der „Erfolg“ der westlichen Menschenrechtspolitik im islamischen Kulturkreis lässt den Schluss zu, dass diese Taktik, sofern gravierende kulturelle Auffassungsunterschiede bestehen, nicht wirkt. Die Diffusion des neoislamischen Revisionismus in Teilen Asiens verlief und verläuft weitaus erfolgreicher als jene der westlichen Menschenrechtspolitik, da der Neo-Islam an partiell vorhandene prämoderne Wertesysteme vor Ort andocken kann.

Diese Form der Macht, also die conditional power, ist im zwischenstaatlichen Betrieb, das, was Geld in der Wirtschaft ist, nämlich ein generalisiertes Kommunikations- oder Tauschmedium<sup>77</sup>. Dies macht die Politische Macht unerhört attraktiv im zwischenstaatlichen Betrieb<sup>78</sup>. Auf's Ganze gesehen sollen sich so genannte „spheres of influence“<sup>79</sup> herausbilden, die in einer regionalen oder gar globalen Zusammenschau uni-, bi-, pluri- oder multipolare Ausformungen annehmen können. Diese Machtkonfigurationen sind über Raum und Zeit mal kleineren, mal größeren Schwankungen ausgesetzt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wechselten sich vier Machtkonfigurationen auf globaler Ebene ab: (1.) Unipolarität 1945-1949, (2.) Bipolarität 1949-1991, (3.) Multipolarität 1991-2001 sowie (4.) das gegenwärtige unipolare System mit den USA als Hegemon<sup>80</sup>.

## **Abschließende Bemerkungen**

---

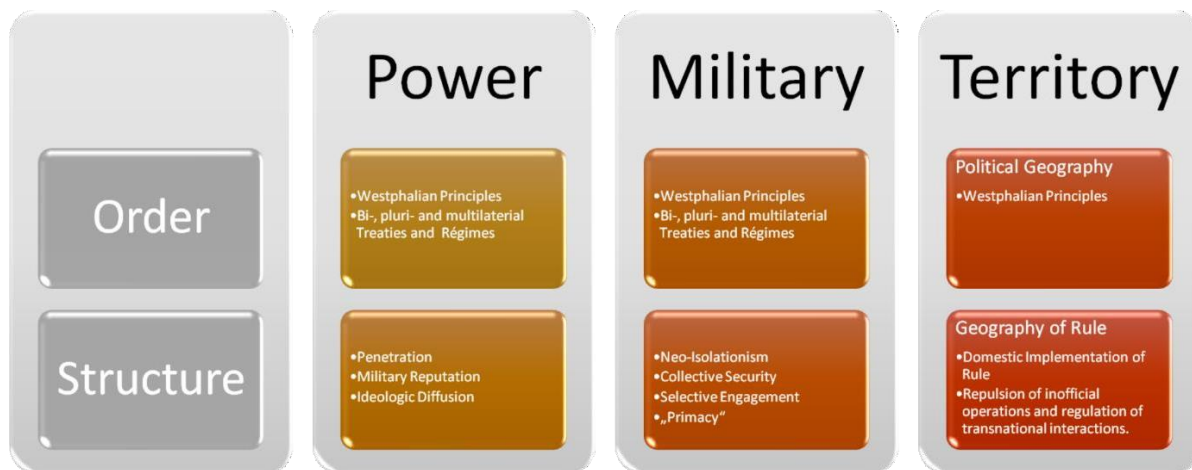
Für die Bearbeitung von Problembereichen durch Staaten ist die vertikale Trennscheide zwischen Struktur und Ordnung ganz wesentlich, denn es besteht ein gravierender Unterschied, ob die Konfliktbearbeitung die Ordnung oder die Struktur des Staatensystems betrifft. Ordnungen können relativ rasch revidiert werden, während eine Korrektur von Handlungsoptionen oder materiellen Tatbeständen sehr langwierig und mitunter sehr schwer, wenn überhaupt, zu bewerkstelligen ist. In diesem Sinne sind die Vertreter des Realismus näher an der Realität als beispielsweise die Anhänger liberalen Denkschule oder gar des Konstruktivismus in den internationalen Beziehungen.



Am sinnfälligsten ist der qualitative Unterschied zwischen Struktur und Ordnung im Politikbereich Herrschaftsgeographie/Politische Geographie erkennbar. Um das Territorialmanagement ist es seit vielen Jahren nicht gut bestellt, denn die Vorstellungen der liberalen Denkschule<sup>81</sup> sowie des Konstruktivismus<sup>82</sup> haben sich mittlerweile in vielen Köpfen in den außenpolitischen Apparaten festgesetzt. Ein Ausfluss dieser Entwicklung ist der gegenwärtige Umgang mit dem Phänomen „Failed States“ in der internationalen Politik. Obwohl Failed States den Wurzelgrund für viele Problembereiche in der internationalen Politik bilden, sind die politischen Entscheider nicht willens, dem Problem auf der Strukturebene entgegenzutreten. Historisch kann man auf die so genannten Paria-Staaten und den Umgang des Staatensystems mit diesen Staatsruinen verweisen.

Normen und Spielregeln sind zwar für den zwischenstaatlichen Politikbetrieb und das Durchführen von transnationalen Transaktionen erforderlich, um diese in bestimmten Bahnen zu halten, aber es gilt wohl der Grundsatz, dass die Ordnung an die Struktur angepasst werden muss und nicht umgekehrt.

Bei der Analyse als auch Beurteilung eines zwischenstaatlichen Konfliktes, unabhängig davon ob dieser „kalt“ oder „heiß“ ausgetragen wird, sollte der Ebene - Ordnung oder Struktur - höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es galt und gilt noch immer der Grundsatz „Struktur obsiegt über Ordnung“!



## Literaturverzeichnis

- <sup>1</sup> Olav Knudsen, Capabilities, Issue-Areas, and Inter-State Power, in: Kjell Goldmann / Gunnar Sjøstedt (Hg.), Power, Capabilities, Independence, London 1979, S. 90
- <sup>2</sup> Olav Knudsen, Capabilities, Issue-Areas, and Inter-State Power, in: Kjell Goldmann / Gunnar Sjøstedt (Hg.), Power, Capabilities, Independence, London 1979, S. 94
- <sup>3</sup> Ira William Zartman: Negotiation as a joint decision-making process, in: Ira William Zartman (Hg.), Negotiation and Conflict Management, London/New York 2008, S. 53f
- <sup>4</sup> Ira William Zartman: Negotiation as a joint decision-making process, in: Ira William Zartman (Hg.), Negotiation and Conflict Management, London/New York 2008, S. 53f
- <sup>5</sup> William D. Coplin, Introduction to International Politics, 3rd. Ed., Englewood 1980, S. 84f.
- <sup>6</sup> Charles F. Hermann / Roger A. Coate, Substantive Problem Areas in: Patrick Callahan/Linda P. Brady/Margaret G. Hermann (Hg.), Describing Foreign Policy Behavior, London 1981, S. 83f
- <sup>7</sup> William D. Coplin, Introduction to International Politics, 3rd. Ed., Englewood 1980, S. 85f.
- <sup>8</sup> Charles F. Hermann / Roger A. Coate, Substantive Problem Areas in: Patrick Callahan/Linda P. Brady/Margaret G. Hermann (Hg.), Describing Foreign Policy Behavior, London 1981, S. 83f
- <sup>9</sup> Ähnlich: Barry Buzan / Richard Little, International Systems in World History, London 2000, S. 104
- <sup>10</sup> Diese Terminologie wurde in von Faupel übernommen. Vgl. Klaus Faupel, Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik: Eine systematische Übersicht über den Objektbereich, in: Peter R Weilemann / Hanns Jürgen Küsters, Günter Buchstab (Hg), Macht und Zeitkritik: Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag (Studien zur Politik, Bd. 34), Paderborn 1999, passim.
- <sup>11</sup> Klaus Faupel, Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftlich Forschung, in: Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983, Salzburg, S. 94-105; Volker Rittberger, Regime Theory and International Relations, Oxford 1993; Stephen D. Krasner, Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables, in: Stephen D. Krasner (Hg.), Power, the State, and Sovereignty: Essays on International Relations, London 2009, S. 113-128
- <sup>12</sup> Marion J. Levy Jr. St., Structural Functional Analysis, in: David L. Sills (Hg.), International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol 6, London, New York, 1972, S. 22
- <sup>13</sup> Günther Jaenicke, International Public Order, in: Rudolf Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law, Volume 2, Amsterdam 1995, S. 1348
- <sup>14</sup> Barry Buzan, People, States and Fear, New York 1991, S. 166f; Barry Buzan, From international system to international society: structural realism and regime theory meet the English school, in: International Organizations 47(3)/1993, S. 330f
- <sup>15</sup> Stephen Krasner, International Regimes, London 1983; Robert Keohane, The Demand for International Regimes, in: International Organization 36(2)/1982, S. 325-355; Andreas Hasenclever / Peter Mayer / Volker Rittberger, Theories of International Regimes, Cambridge 1997; Beth Simons / Lisa Martin, International Organizations and Institutions, in: Walter Carlsnaes / Thomas Risse / Beth Simons (Hg.), Handbook of International Relations, London 2005, S. 192-211
- <sup>16</sup> Vgl. Klaus Faupel, Dimensionen der Souveränität, in: Michael Take (Hg.), Politik als Wissenschaft: Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 181
- <sup>17</sup> Roy Mellor, Nation, State and Territory, London 1989, S. 41f; Barry Buzan / Richard Little, The idea of International System. Theory meets History, in: International Political Science Review 15(3)/1994, S. 238f; Barry Buzan / Richard Little, International Systems in History, Oxford 2000, S. 167f.
- <sup>18</sup> Bruce Russett / J. David Singer, A Standardized List of National Political Entities in the Twentieth Century, in: American Political Science Review 62(2)/1968, S. 934f; Theodore Wyckoff, Standardized List of National Political Units in the Twentieth Century: The Russett-Singer-List of 1968 Updated. In: International Social Science Journal, 32(4)/1980, S. 834-846
- <sup>19</sup> Vgl. Zu diesem Phänomen: I. William Zartman, Collapsed States: The Disintegration and Restoration of Legitimate Authority, Boulder 1995; Robert I. Rotberg, Failed States in a World of Terror, in: Foreign Affairs 81(4)/2002, S. 127-140; Robert I. Rotberg, When States Fail: Causes and Consequences, Princeton 2004
- <sup>20</sup> Zu dieser Unterscheidung: Richard Muir, Political Geography. A new Introduction London 1997, S. 52
- <sup>21</sup> Art und Weise wie die Positionen im Herrschaftsapparat besetzt werden. Der anomische Machtprozess: Ein Analyserahmen zur unregelmäßigen und (gewaltsamen) Verteilung der wichtigsten Positionen im Herrschaftsapparat auf nationalstaatlicher Ebene, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 2/2011, p. 196f
- <sup>22</sup> Vgl. Klaus Faupel, Dimensionen der Souveränität, in: Michael Take (Hg.), Politik als Wissenschaft: Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 191
- <sup>23</sup> Vgl. Barry Buzan, People, States and Fear, New York 1991, S. 21f

- <sup>24</sup> Zu diesem Terminus: Martin Griffiths / Terry O`Callaghan, *International Relations. The Key Concepts*, New York 2002, S. 203f
- <sup>25</sup> Allgemein dazu: Bard E. O`Neill, *Insurgency and Terrorism*, 2nd. Ed. rev, Washington 2005, S. 33f; John McCuen, *The Art of Counter-Revolutionary Warfare*, Pennsylvania 1966, S. 30f
- <sup>26</sup> Günther Jaenicke, *International Public Order*, in: Rudolf Bernhardt (Hg.), *Encyclopedia of Public International Law*, Volume 2, Amsterdam 1995, S. 1348
- <sup>27</sup> Stephen spricht hier von völkerrechtlicher Souveränität (International legal sovereignty), Stephen D. Krasner, *Power, the State, and Sovereignty: Essays on International Relations*, New York 2009. S. 89, 188f
- <sup>28</sup> Stephen D. Krasner, *Sovereignty: Organized Hypocrisy*, Princeton 1999, S. 3ff; Stephen D. Krasner, *Sovereignty: Political*, in: Neil J. Smelser / Paul B. Baltes (Hg.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences* vol. 22, New York 2001, S. 14706-14709; Stephen D. Krasner, *Power, the State, and Sovereignty: Essays on International Relations*, New York 2009. S. 89f
- <sup>29</sup> Ähnlich: Robert H. Jackson, *Quasi-States. Sovereignty, International Relations and the Third World*, Cambridge 1990, S. 26-31
- <sup>30</sup> Klaus Faupel, *Memorandum zur Gestaltung der Mitwirkung akademischer und anderer externer Fachleute an der Politikentwicklung im Rahmen des Außenministeriums*, unveröffentlichtes Dokument 1983; Klaus Faupel, *Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftlicher Forschung*, in: *Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983*, Salzburg 1984, S.95-105
- <sup>31</sup> Klaus Faupel, *Memorandum zur Gestaltung der Mitwirkung akademischer und anderer externer Fachleute an der Politikentwicklung im Rahmen des Außenministeriums*, unveröffentlichtes Dokument 1983; Klaus Faupel, *Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftlicher Forschung*, in: *Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983*, Salzburg 1984, S.95-105
- <sup>32</sup> Gabriel A. Almond / G. Bingham Powell Jr., *Comparative Politics. A Developmental Approach*, Boston 1966, S. 29
- <sup>33</sup> Erich Kosiol, *Organisation der Unternehmung*, Wiesbaden 1976, passim
- <sup>34</sup> Diese Gliederung wurde von Manfred Hättich übernommen. Vgl. Manfred Hättich, Manfred Hättich, *Lehrbuch der Politikwissenschaft*, Band 2, Mainz 1967, S. 23f, 41f. Ähnlich: Ted Robert Gurr, *Persistence and Change in Political Systems, 1800-1971*, in: *American Political Science Review*, 68(4)/1974, S. 1482-1504
- <sup>35</sup> Um dieses Segment wird das hättichische Modell vom Autor erweitert.
- <sup>36</sup> Manfred Hättich, Manfred Hättich, *Lehrbuch der Politikwissenschaft*, Band 2, Mainz 1967, S
- <sup>37</sup> Vgl. Klaus Faupel, *Memorandum zur Gestaltung der Mitwirkung akademischer und anderer externer Fachleute an der Politikentwicklung im Rahmen des Außenministeriums*, unveröffentlichtes Dokument 1983  
Klaus Faupel, *Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftlicher Forschung*, in: *Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983*, Salzburg 1984, S. 95-105
- <sup>38</sup> Klaus Faupel, *Entwicklung als Politikbereich auf der Ebene des zeitgenössischen internationalen Systems*, in: Wolfgang Jäger / Hans Otto Mühleisen / Hans-Joachim Veen (Hg.), *Republik und Dritte Welt: Festschrift für Dieter Oberndörfer zum 65. Geburtstag*, Paderborn, 1994, S. 78; Kurt P. Tudyka, *Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen, Das Röhrenembargo*, in: Ernst Otto Czempiel (Hg.), *Die Anachronistische Souveränität, zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik*, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1/1969, Köln, Opladen, S. 205
- <sup>39</sup> Ähnlich: Barry Buzan, *People, States, and Fear*, New York 1991, S. 18f, 331f
- <sup>40</sup> Vgl. „Failed State Index 2015“. <http://library.fundforpeace.org/library/fragilestatesindex-2015.pdf>
- <sup>41</sup> Barry Buzan, *People, States and Fear*, New York 1991, S. 21f
- <sup>42</sup> Vgl. Barry Buzan, *People, States and Fear*, New York 1991, S. 271
- <sup>43</sup> See: Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 5-53
- <sup>44</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 12
- <sup>45</sup> See: Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 12-13
- <sup>46</sup> Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, New York 1979, S. 319f
- <sup>47</sup> See: Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 16-17
- <sup>48</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 17
- <sup>49</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 19
- <sup>50</sup> Robert O. Keohane, *The Demand for International Regimes*, in: *International Organization*, 36/2(1982) S. 330

- <sup>51</sup> Inis L. Claude, *Swords into Plowshares, The Problems and Progress of international Organization*, Fourth Edition, New York, 1971, S.247.
- <sup>52</sup> Lawrence Freedman, *Strategic Coercion*, in: Lawrence Freedman (Hg.), *Strategic Coercion: Concepts and Cases*, Oxford 1998, S. 15-36; Peter Viggo, *The Strategy of Coercive Diplomacy: Refining Existing Theory to Post-Cold War Realities*, in: Lawrence Freedman (Ed.), *Strategic Coercion: Concepts and Cases*, Oxford 1998, S. 61-85
- <sup>53</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 24
- <sup>54</sup> Adam Watson, *The Evolution of International Society*, London 2003, S. 15
- <sup>55</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 34
- <sup>56</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 38
- <sup>57</sup> Barry Posen / Andrew Ross, *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, 21(3)/1997, S. 39
- <sup>58</sup> Zu den diversen Ausprägungen: Morton A. Kaplan, *System and Process in International Politics*, New York 1957, S. 21-53; Kjell Goldmann, *Bipolarization and Tension in International Systems: A Theoretical Discussion*, in: *Cooperation and Conflict* 1972/7(1), S. 39f
- <sup>59</sup> Exemplarisch: Morton A. Kaplan, *System and Process in International Politics*, New York 1957, Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, New York 1979; John J. Mearsheimer, *Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001
- <sup>60</sup> Eine Zusammenfassung findet man bei William K. Domke. Vgl. William K. Wiliam K. Domke, *Power, Political Capacity, and Security in the Global System*, in: Richard Stoll / Michael D. Ward (Hg.), *Power in World Politics*, London 1989, S. 161f
- <sup>61</sup> Brian Hocking/Michael Smith, *World Politics*, 2nd ed. London 1995, S. 59-61
- <sup>62</sup> John N. Nagel, *The Descriptive Analysis of Power*, London 1975, S. 9-11
- <sup>63</sup> Richard W. Mansbach, *The Global Puzzle*, Princeton 1994, S. 102
- <sup>64</sup> Jack H. Nagel, *The Descriptive Analysis of Power*, London 1975, S. 145f
- <sup>65</sup> John Kenneth Galbraith, *The Anatomy of Power*, Boston 1985, S. 5-6, S. 24f; Ähnlich unter dem Terminus "Influence": Ian C. MacMillan: *Strategy Formulation: political concepts*, St Paul 1978, p. 15; Richard W. Mansbach, *The Global Puzzle*, Princeton 1994, S. 102
- <sup>66</sup> George A. Steiner, *Strategic Planning*, New York 2008, S. 18f
- <sup>67</sup> Richard W. Mansbach, *The Global Puzzle*, Princeton 1994, S. 102
- <sup>68</sup> Ähnlich: Karl W. Deutsch, *The Nerves of Government*, New York 1963 S. 120-124
- <sup>69</sup> James Rosenau, *Pre-Theories and Theories of Foreign Policy*, in: Robert Barry Farrell (Ed.), *Approaches to Comparative and International Politics*, Evanston 1966, S. 27-92
- <sup>70</sup> Nataliya Shapovalova, *The Russian Federation's Penetration Strategy towards Ukraine*. International Graduate Student Symposium: *New Perspectives on Contemporary Ukraine: Politics, History, and Culture*, Centre for European, Russian, and Eurasian Studies, University of Toronto 2006, S. 8
- <sup>71</sup> David A. Baldwin, *Force, Fungibility, and Influence*, in: *Security Studies* 8/1999, S. 173-183; John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001, S. 55-56
- <sup>72</sup> Peter Gould, *Spatial Diffusion: The Spread of Ideas and Innovations in Geographic Space*, ISA Consortium for International Studies Education, Learning Package Series Number 11, New York 1975, S. 4f; Marcel Merle, *The Sociology of International Relations*, New York 1987, S. 231.
- <sup>73</sup> M. Freedden, *Ideology: Political Aspects*, in: Neil J. Smelser and Paul B. Baltes (Hg.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, vol. 11, New York 2001, S. 7176
- <sup>74</sup> M. Dubois, *Ideology: Sociology of*, in: Neil J. Smelser and Paul B. Baltes (Hg.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, vol. 11, New York 2001, S. 7179
- <sup>75</sup> George Albert Steiner, *Strategic Planning*, New York 2010, S. 18f; George Albert Steiner, *Top Management Planning*, London 1969, S. 199f
- <sup>76</sup> In diese Richtung: Tilman Nagel, *Islam oder Islamismus? Probleme einer Grenzziehung*, in: Hans Zehentmair (Hg), *Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*, Wiesbaden 2005, S. 32f;
- <sup>77</sup> David A. Baldwin, *Power and International Relations*, in: Walter Carlsnaes/Beth A. Simmons/Thomas Risse (Hg.), *Handbook of International Relations*, London 2013, S. 273
- <sup>78</sup> Richard W. Mansbach, *The Global Puzzle*, Princeton 1994, S. 112f
- <sup>79</sup> Charles W. Kegley, *World Politics*, 11th Ed. Belmont 2007, S. 59
- <sup>80</sup> Charles W. Kegley, *World Politics*, 11th Ed. Belmont 2007, S. 520

<sup>81</sup> Martin Griffiths / Terry O`Callaghan, International Relations. The Key Concepts, New York 2002, S. 165

<sup>82</sup> Cornelia Ulbert, Social constructivism, in: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hg), Theories of International Relations, London 2014, S. 248-268